

/// Ursachen und Konsequenzen

## DIE FLÜCHTLINGSKRISE

**STEFAN LUFT** /// lehrt Politikwissenschaft an der Universität Bremen. Schwerpunkte seiner Arbeit sind Themen der Migrations- und Integrationspolitik. Er war Sachverständiger verschiedener Enquetekommissionen der Länder und von 1995 bis 1999 Sprecher des Bremer Innensenators. In seinem jüngst erschienenen Buch „Die Flüchtlingskrise“ erklärt er die Ursachen der aktuellen Wanderungsbewegungen, zeigt Lösungswege auf und erläutert Handlungsoptionen. Im nachfolgenden Gespräch befasst sich Stefan Luft mit Fragen zu Migrationssteuerung, europäischer Asylpolitik und Integrationsgesetzgebung.

**Politische Studien:** In Ihrem jüngst erschienenen Buch\* fragen Sie sich, warum die verstärkte Flüchtlingsbewegung 2015 nicht vorhergesehen wurde. Wer bzw. welches Frühwarnsystem hat hier versagt? Inwieweit kann man Flucht- und

Migrationsbewegungen denn vorhersehen?

**Stefan Luft:** Das sind sehr komplexe Themen. Grundsätzlich ist es in der Tat mehr als erstaunlich, dass die Europäische Union nicht auf den Massenzustrom des Jahres 2015 vorbereitet war. Es gibt sogar eine im Jahr 2001 verabschiedete einschlägige „Massenzu-



Warnsignale – ganze Leuchtfener – hat es schon LANGE gegeben.



**„Viel wird davon abhängen, ob sich solche Alleingänge wie im Spätsommer 2015 durch die deutsche Bundesregierung mit all ihren unübersehbaren Konsequenzen wiederholen oder nicht“, so der Migrationsexperte Stefan Luft.**

strom-Richtlinie“ der EU, die für solche Fälle Mindestnormen für vorübergehenden Schutz und Maßnahmen zu einer ausgewogenen Verteilung der Belastungen auf die Mitgliedsstaaten vorsieht. Kaum jemand schien sich daran zu erinnern, zumindest spielte sie in der politischen Debatte keine Rolle. Die Grenzschutzagentur Frontex, die diplomatischen Dienste und die Nachrichtendienste haben das, was sich da abzeichnete, mit einer gewissen Sicherheit frühzeitig den Regierungen übermittelt. Es

ist zwar richtig, dass Politik und Behörden zu wenig über Motive und Entscheidungsprozesse von Flüchtlingen, ihre Einschätzung der Risiken, Informationsstand und den Umgang mit unvorhersehbaren Ereignissen wissen. Dennoch hat sich ja der Wanderungsdruck bereits seit 2010 kontinuierlich verstärkt und ist seit 2012 stark angestiegen. Hinzu kommen die Unglücke auf dem Mittelmeer mit den vielen toten Flüchtlingen, die immer wieder große öffentliche Beachtung gefunden haben. Kurz und

gut: Warnsignale – ganze Leuchtfener – hat es schon lange gegeben. Niemand kann ernsthaft behaupten, von den Ereignissen überrascht worden zu sein. Die Ignoranz, die hier an den Tag gelegt wurde, ist bemerkenswert.

**Politische Studien: Was wissen wir über die Ursachen der aktuellen Wanderungsbewegungen, die Rolle von Schleusern und die Wahl der Zielländer?**

**Stefan Luft:** Der „Arabische Frühling“ und der Zerfall des Pufferstaats Libyen hatten ja bereits zu Wanderungsbewegungen geführt, wobei der größte Teil der Flüchtlinge aus Libyen innerhalb Afrikas verblieb. Italien war mit rund 60.000 Flüchtlingen im Jahr 2011 konfrontiert. In den folgenden Jahren eskalierte die Lage in Libyen weiter. Der „Islamische Staat“ versorgte sich in dem zerfallenden Land mit Waffen und Einnahmen aus der Erdölproduktion und destabilisierte die nordafrikanischen Nachbarn. Der Krieg in Syrien verheert das Land nun im sechsten Jahr. Inzwischen spricht der UNHCR von 11,7 Millionen Syrern, die zur Flucht gezwungen wurden. Wenn sich die Verhältnisse in den Herkunftsländern und den Erstaufnahmestaaten wie Jordanien, Libanon, Türkei, Iran etc. über Jahre verschlechtern, wenn immer höhere Verschuldung, Kinderarbeit, Bettelei und Verelendung die Perspektiven für die Menschen in den Flüchtlingslagern sind, wenn die Hoffnungslosigkeit erdrückend wird, machen sich die Stärksten unter ihnen auf den Weg – auch nach Europa.

Die Schleusernetzwerke, die sich zu einer regelrechten Industrie entwickelt haben, spielen bei den Wanderungsprozessen eine zentrale Rolle. Sie sorgen dafür, dass Barrieren umgangen oder überwunden werden können. Für ihren

Erfolg entscheidend sind die Nachfrage nach ihren Dienstleistungen und das Vorhandensein schwacher Staaten mit korrupten Behörden. Schleuser sind nicht die Ursache von Migration, aber sie sind ein zentrales Element im komplexen Gefüge von Akteuren, die an dem Wandervorhaben über Tausende von Kilometern mitwirken. Militärische Einsätze gegen Schleuser müssen deshalb immer auch von Maßnahmen begleitet sein, die die Funktionsbedingungen des Geschäfts der Schleuser angehen.

Was die Wahl von Zielländern angeht, so ist für die Wanderungsentscheidung an sich zuallererst die Lage im Herkunftsland oder im Erstaufnahmeland entscheidend. Wenn aber erst einmal die Entscheidung als solche getroffen ist, dann sind natürlich Informationen und Gerüchte über potenzielle Zielländer von Bedeutung. Dazu gehören Informationen über Diaspora-Gemeinden und damit Netzwerke, Wanderungspfade aufgrund historischer Bezüge wie einer Kolonialvergangenheit und insgesamt der Ruf der Zielländer. Wie ist die wirtschaftliche Lage und politische Stabilität dort, wie lange dauern die Verfahren und welche Anerkennungswahrscheinlichkeiten gibt es? Wie hoch ist die Chance, trotz möglicher Ablehnung bleiben zu können? Die Unterschiede, die es hier alleine innerhalb Europas gibt, erklären ja auch die stark unterschiedliche Verteilung der Migranten.

**Politische Studien: Oft entsteht in den Medien der Eindruck, dass sich ein Großteil der globalen Fluchtmigration auf Europa richtet. Wo finden sich die größten Fluchtbewegungen tatsächlich?**

**Stefan Luft:** Von den 65,3 Millionen Zwangsmigranten, die das Flüchtlings-



Die meisten Flüchtlingskrisen werden **REGIONAL** aufgefangen.

hilfswerk der Vereinten Nationen (UNHCR) im Jahr 2015 erfasst hat, sind der größte Teil, rund 41 Millionen, „Binnenvertriebene“, also Personen, die innerhalb ihres Landes nach Fluchtalternativen gesucht und sie dort auch gefunden haben oder einfach nicht weiter gekommen sind. Kolumbien liegt im Jahr 2015 mit 6,9 Millionen im Jahr 2015 an der Spitze, gefolgt von Syrien mit 6,6 Millionen und Irak mit 4,4 Millionen.

Von den internationalen Flüchtlingen und damit jenen, die ihren Herkunftsstaat verlassen haben, verbleibt der allergrößte Teil in den Anrainerstaaten. Die meisten Flüchtlingskrisen werden also regional aufgefangen. 86 % der Flüchtlinge weltweit leben in Entwicklungsländern. Gemessen am Bruttoinlandsprodukt pro Kopf nehmen sehr arme Länder wie die Demokratische Republik Kongo, Äthiopien, Pakistan, Uganda und Kenia die meisten Flüchtlinge auf. Sieht man auf die Regionen, so steht nach der Zählung des UNHCR Sub-Sahara-Afrika im Jahr 2015 mit 4,4 Millionen Flüchtlingen an der Spitze, dicht gefolgt von Europa, wo die Türkei mit 2,5 Millionen den größten Anteil aufgenommen hat. Die Region Asien und Pazifik liegt mit 3,8 Millionen in dieser Statistik an dritter Stelle. Was die Herkunftsstaaten anbelangt, so steht auch 2015 Syrien als Flüchtlingsproduzent an erster Stelle (4,9 Millionen), gefolgt von Afghanistan (2,7 Millionen) und Somalia (mit 1,1 Millionen).

Die „klassischen Einwanderungsländer“ USA, Kanada und Australien haben im Jahr 2015 nur marginale Teile der weltweiten Flüchtlingsbevölkerung aufgenommen. Ihre geographische Lage macht sie für Flüchtlinge in weiten Teilen unerreichbar. Hinzu kommt, dass Einwanderungsländer größten Wert darauf legen, selbst darüber zu entscheiden, wer sich bei ihnen niederlässt und wer nicht. Außerdem werden in Zeiten des globalen islamistischen Terrorismus Flüchtlinge aus arabischen Ländern häufig als Bedrohung wahrgenommen.

**Politische Studien: Was kann Europa, was kann Deutschland tun, um den Ursachen von Flucht und Vertreibung entgegenzuwirken? Wie kann die Bevölkerung in den Zielländern auf hohe Flüchtlingszahlen vorbereitet werden?**

**Stefan Luft:** Vorrangiges Ziel müsste es sein, die Verhältnisse in den Erstaufnahmestaaten zu verbessern, sowohl für die Flüchtlinge als auch für die Einheimischen. Viel zu lange haben die Staaten hingenommen, dass die internationalen Hilfsprogramme unterfinanziert waren und die Lebensmittelrationen sowie die Versorgung mit Hygieneartikeln gekürzt werden mussten. Auch die wachsenden sozialen Spannungen und wirtschaftlichen Belastungen der Hauptaufnahmestaaten fanden zu wenig Beach-



**Vorrangiges Ziel müsste es sein, die Verhältnisse in den ERSTAUFNAHMESTAATEN zu verbessern.**

tung. Der UNHCR sieht drei Optionen nach größeren Flüchtlingsbewegungen: die Rückkehr ins Herkunftsland, die Integration in das Erstaufnahmeland und Neuansiedlungsprogramme (Resettlement). Die Rückkehr ins Herkunftsland setzt voraus, dass die gewalttätig geführten Auseinandersetzungen in weiten Teilen eingestellt wurden und der Wiederaufbau soweit fortgeschritten ist, dass eine Rückkehr verantwortbar ist. Bei lang andauernden Konflikten muss die Integration in das Erstaufnahmeland in Betracht gezogen werden. Soziale Infrastruktur – Krankenhäuser, Gewerbegebiete, Schulen – geben den Menschen dort Perspektiven, derer sie dringend bedürfen.

Neuansiedlungsprogramme sind eine weitere Reaktionsmöglichkeit auf große Fluchtbewegungen. Zielländer erklären sich bereit, Kontingente an Flüchtlingen aufzunehmen, die vom UNHCR zusammengestellt werden. Diese Gruppen werden dann in die Aufnahmeländer ausgeflogen. Das Angebot steht allerdings in keinem Verhältnis zum weltweiten Bedarf. Wenn hierauf zukünftig ein Schwerpunkt gelegt würde und von den Staaten nennenswerte Kapazitäten zur Verfügung gestellt würden, könnte „wildes“ Wanderungsbewegungen, bei denen nur die Stärksten

durchkommen und die Schleuserindustrie profitiert, entgegengewirkt werden.

Blieben die Verantwortlichen passiv und nutzen diese Option nicht, werden sich immer mehr Personen für eine Weiterwanderung, die mit hohen Risiken und Kosten verbunden ist, entscheiden. In der Folge bleiben die wirklich Schwachen zurück, weil sie sich die Reise über Tausende von Kilometern nicht leisten können oder weil sie gesundheitlich dazu nicht in der Lage sind. Deshalb ist auch aus humanitären Gründen regionalen Lösungen immer Vorrang einzuräumen. Mit jedem Euro, der in den Nachbarstaaten der Krisenherde eingesetzt wird, wird ein Vielfaches von dem bewirkt, was hier in Deutschland mit dem gleichen Betrag erreicht werden kann. Wichtig ist: Die Aufnahmeländer als ganze müssen von diesen Maßnahmen profitieren, sie dürfen sich nicht alleine an die Flüchtlingsbevölkerung der Länder richten.

Schließlich: Um nicht zur Eskalation militärischer Konflikte und damit zur Verstärkung von Fluchtursachen beizutragen, sollten Waffenlieferungen in Kriegs- und Bürgerkriegsgebiete sowie an mittelbare und unmittelbare Kriegsparteien (wie die Golfstaaten) unterbleiben. Die Erfahrungen mit den Irakkriegen oder dem Einsatz in Libyen zeigen weiterhin, dass Zurückhaltung bei militärischen Interventionen ausgeübt werden sollte. Wir müssen allerdings noch

viel weiter gehen: Nur eine gerechtere Ordnung der Weltwirtschaft, die verhindert, dass die Kluft zwischen den Gewinnern und Verlierern des globalen Kapitalismus immer größer wird, kann auf Dauer den Wanderungsdruck reduzieren. Niemand sollte mehr zur Migration gezwungen sein, um menschenwürdig leben zu können.

**Politische Studien: Es gibt Stimmen, die eine Erstprüfung auf Asyl im Herkunftsland vorschlagen. Auch ist immer wieder eine gesamteuropäische Quotenregelung im Gespräch. Halten Sie dies für möglich?**

**Stefan Luft:** Wenn wir die hohen fünf- oder sechsstelligen Zahlen an Schutzsuchenden aus einzelnen Ländern ansehen, wären die Botschaften und Konsulate ohne Zweifel überfordert, hier im Einzelfall zu überprüfen, ob ein Antragsteller eine reelle Chance auf einen Schutzstatus hat. Die rechtliche Lage ist ja in diesem Feld äußerst komplex. Hinzu kommt: Unter jenen, die nach Europa bzw. nach Deutschland oder Schweden kommen wollen, ist ja ein Teil, der schlechten Lebensbedingungen entkommen und für sich und seine Familie bessere Perspektiven erreichen will. Das ist sicher legitim, bedeutet aber, dass die Kriterien für einen Schutzstatus nicht erfüllt werden. Dass er sich dann von einem negativen Bescheid einer Botschaft von einer Reise abhalten ließe, ist doch eher unwahrscheinlich. Von großer Bedeutung ist vor allem, dass die Kapazitäten

der Krisenstaaten zum Schutz ihrer Bevölkerungen gestärkt und auch die Erstaufnahme- und Transitstaaten in die Lage versetzt werden, den zeitlich befristeten Schutz wirtschaftlich und sozial zu leisten. Regionale Lösungen müssen gestärkt werden. Dazu müssen alle ihre Beiträge leisten.

Was Quoten angeht, so wäre ohne Zweifel eine stärkere Verantwortungs- und Lastenteilung innerhalb der EU sinnvoll und gerechtfertigt. Zu den anzuwendenden Kriterien liegen ja auch seit längerem Modelle vor. Ich bezweifle allerdings, dass sich nach den Ereignissen und den deutschen Alleingängen des Jahres 2015 eine nennenswerte Zahl an Mitgliedsstaaten Quoten unterwerfen würde. Solidarität lässt sich nicht erzwingen. Der Brexit dürfte Disziplinierungsmaßnahmen gegenüber Verweigerern noch einmal erschwert haben.

**Politische Studien: Eine europäische Migrationssteuerung beinhaltet sowohl die Implementierung einer effektiven Schleuserbekämpfungs-, Asyl- und Flüchtlingschutzpolitik als auch die Fortentwicklung legaler Zuwanderungsmöglichkeiten. Wie kann die Politik Migration steuern und gleichzeitig die Normen des internationalen Flüchtlingsschutzes einhalten? Welche Chancen sehen Sie aktuell für eine gemeinsame europäische Migrations- und Asylpolitik?**



Solidarität lässt sich **NICHT** erzwingen.

**Stefan Luft:** Die politischen Ansprüche, als „Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts“ Schutzsuchenden Aufenthalt zu gewähren und gleichzeitig am Prinzip der Steuerung von Zuwanderung festzuhalten, werden hier als Pole eines Spannungsverhältnisses deutlich erkennbar. Die Normen des internationalen Flüchtlingsschutzes und der Menschenrechte einerseits und die Interessen der migrationsskeptischen Bevölkerungen der Mitgliedsstaaten andererseits zwingen die Regierungen zu dauerhaften Balancen und schwierigen Kompromissen. Zuwanderung zu steuern hieß ja in erster Linie, zwischen jenen zu unterscheiden, die als gewinnbringend und jenen, die als belastend empfunden wurden. Für die einen sollten legale Zugangswege erweitert, für die anderen, die rechtlich als „illegale“ Migranten galten, Zugang soweit wie möglich unterbunden werden. Entscheidend wird sein, dass es gelingt, diejenigen, die keinen Anspruch auf Schutz geltend machen können, auch tatsächlich wieder zur Rückkehr zu veranlassen. Das ist die Achillesferse des gegenwärtigen Systems. Der Zugang zu fairen Verfahren setzt logisch zwingend voraus, dass der Ausgang des Verfahrens auch über das Bleiberecht entschei-

det. Wird das Ergebnis der Verfahren zunehmend irrelevant, weil auch die abgewiesenen Antragsteller zum größten Teil bleiben, kann man sich die aufwändigen Verfahren sparen. Wer mittelfristige Lösungen will, muss vor allem hier ansetzen, denn es geht ja hier auch um die politische Akzeptanz des Umgangs mit Flucht und Asyl in den Mitgliedsstaaten.

Die EU-Kommission hat ja jüngst vorgeschlagen, dass das Europäische Unterstützungsbüro für Asylfragen (EASO), das bisher nur eine Schattenexistenz führte, künftig sehr viel umfangreichere Aufgaben übernehmen sollte. Das EASO könnte Wichtiges dazu beitragen, die Standards der Asylverfahren stärker als bisher zu vereinheitlichen. Damit könnte dann ein einheitliches Asylverfahren der EU näher rücken. Was auf längere Sicht bleiben wird, sind allerdings die sozialen und wirtschaftlichen Unterschiede zwischen den Mitgliedsstaaten und damit auch die sozialen Leistungen und die Chancen für die Migranten. Selbst wenn es zu einheitlicheren Verfahren und zu einer Verteilung über Quoten käme – Motive für eine Weiterwanderung in andere Mitgliedsstaaten, die mehr Chancen bieten und in denen bereits Landsleute leben, werden sich auch in Zukunft kaum verhindern lassen.



**Entscheidend ist, die, die keinen Anspruch auf Schutz geltend machen können, auch **TATSÄCHLICH** wieder zur Rückkehr zu veranlassen.**

**Politische Studien: Herr Dr. Luft, welche Bedeutung messen Sie dem „EU-Türkei-Pakt“ für die Lösung der Flüchtlingskrise zu? Welche politische Tragweite hat dieses Abkommen?**

**Stefan Luft:** Die Türkei fungiert als Pufferstaat zwischen der EU und Syrien. Sie trägt – was die Zahlen anbelangt – die größte Last bei der Aufnahme von Flüchtlingen. Sie hat sicher einen Anspruch darauf, hierbei nach Kräften von der EU unterstützt zu werden, vor allem, damit die Lebensbedingungen der Flüchtlinge dort verbessert werden können. Nach dem Abkommen vom März 2016 ist der Massenzustrom von Flüchtlingen in die EU zunächst stark zurückgegangen. Das Verfahren hat offensichtlich abschreckende Wirkung. Dies dürfte allerdings nicht das letzte Wort sein. Weder funktioniert bisher die Umverteilung von Flüchtlingen aus Griechenland und Italien noch aus der Türkei in die EU. Auch die Asylverfahren in Griechenland sind noch bei weitem nicht bewältigt. Sollte die Türkei einmal nicht mehr mitspielen, kann der Zugang in die EU binnen kürzester Frist wieder massiv zunehmen.

Zudem weichen Schleuser auf andere Routen aus. Die zentrale Mittelmeerroute von Nordafrika nach Italien und Malta über das Mittelmeer wird bereits wieder sehr viel stärker genutzt. Die Bewegungen aus Westafrika, vor allem nach Libyen, lassen klar erkennen, dass hier mit erheblichen Größenordnungen zu rechnen ist. Weitere Konflikte (mit den Kurden in der Türkei, in der Ukraine, im Jemen) können innerhalb kürzester Frist erhebliche Fluchtbewegungen auslösen. Hinzu kommt: Ob die Türkei die Bedingungen für die Aufhebung der Visumpflicht in nächster Zeit erfüllt, ist offen. Sie war allerdings eine der zentra-

len Forderungen der türkischen Seite. Fest steht aus meiner Sicht: Würde die Visumpflicht aufgehoben, wären in der Folge, nicht zuletzt vor dem Hintergrund der innertürkischen, gewalttätig ausgetragenen Konflikte, erhebliche zusätzliche Wanderungsbewegungen in Richtung EU zu erwarten. Da der größte Teil der türkischstämmigen Bevölkerung innerhalb der EU in Deutschland lebt, würde es auch hier zum Hauptziel-land werden.

**Politische Studien: Die Begriffe Flucht, Asyl und Zuwanderung werden häufig undifferenziert benutzt. Wie gut kann man zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Migration unterscheiden?**

**Stefan Luft:** Freiwillige und unfreiwillige Migration unterscheiden sich vor allem hinsichtlich der Planbarkeit. Hochqualifizierte Migranten beispielsweise werden sich vor einer Wanderungsentscheidung eingehend über das Zielland im Allgemeinen, die Verhältnisse auf dem dortigen Arbeitsmarkt im Besonderen, über Arbeitsbedingungen, Gehälter und Steuerbelastung informieren. Für Zwangsmigranten sind die Möglichkeiten, Informationen über die Kosten des Bleibens und Fliehens zu erlangen, stark eingeschränkt. Oft können sie weder das eine noch das andere genauer einschätzen. Sie müssen ihre Entscheidungen unter starkem Druck und in großer Unsicherheit treffen. Die Flucht vor lebensbedrohlichen Gefahren erfolgt häufig überstürzt. Die Folgen sind umfassende Verlufterfahrungen ökonomischer wie nicht ökonomischer Güter wie Heimat, Familie, Gesundheit, Vermögen, Haus und Arbeitsplatz. Die rechtlichen Regelungen, mit denen sie im Aufnahmeland konfrontiert, werden wie z. B. Familiennachzug oder der Zugang



**Freiwillige und unfreiwillige Migration UNTERSCHIEDEN sich vor allem hinsichtlich der Planbarkeit.**

zum Arbeitsmarkt, sind meist ebenfalls sehr unterschiedlich. Bei wirtschaftlich bedingter Migration sind die Kategorien häufig nicht eindeutig voneinander zu trennen. So können wirtschaftliche Zwänge so groß werden, dass die Betroffenen dann für sich und ihre Angehörigen große Opfer erbringen wie das Zurücklassen der Familie und besonders der Kinder, um im Zielland den Lebensunterhalt zu erarbeiten.

**Politische Studien: Für manche Asylsuchenden in Deutschland wäre die Arbeitsmigration der adäquatere Zuwanderungskanal. Wie passgenau ist das deutsche Aufenthaltsgesetz? Brauchen wir ein Einwanderungsgesetz?**

**Stefan Luft:** Die Politik wäre gut beraten, Flucht und Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen nicht zu vermengen. Flüchtlinge werden aufgenommen, weil sie Schutz benötigen und nicht, weil sie aus demographischen oder wirtschaftlichen Gründen für das Aufnahmeland nützlich sein könnten. Deshalb können auch keine hierauf bezogenen Auswahlkriterien bei der Flüchtlingszuwanderung angewendet werden. Das Ermöglichen von „Pfadwechseln“ (jemand stellt erfolglos einen Asylantrag, die Ausreisepflicht wird aber nicht vollzogen, weil man ihn als Arbeitskraft be-

nötigt) macht den Zielkonflikt von Migrationssteuerung und Berücksichtigung von Arbeitgeberinteressen sichtbar. Wenn also die Bedürfnisse des Arbeitsmarktes über die Bleibeperspektive von Flüchtlingen entscheiden, muss in Kauf genommen werden, dass ein solches Verhalten die Attraktivität des Ziellandes verstärkt. Diesem Dilemma könnten auch neue gesetzliche Regelungen nicht entgehen. Den Herausforderungen globaler Flüchtlingsbewegung wird man mit Einwanderungsgesetzen jedenfalls nicht besser begegnen können als bisher. Zumal die Bundesrepublik Deutschland inzwischen über eine der liberalsten Gesetzgebungen zur Regelung des Arbeitsmarktzugangs für Zuwanderer im OECD-Raum verfügt.

**Politische Studien: Mittlerweile sind Fragen der Integration gegenüber denen der Flüchtlingsaufnahme in den Vordergrund gerückt. Was sind die Bedingungen gelingender Integration?**

**Stefan Luft:** Zu den Bedingungen gelingender Integration gehören in erster Linie die Auswahl der Zuwanderer nach Kriterien, die das Aufnahmeland festlegt, die Bereitschaft von Zuwanderern, grundlegende Anpassungsleistungen zu erbringen, Wirtschaftswachstum, ein aufnahmefähiger Arbeitsmarkt sowie ein offenes Bildungssystem. Wenn wir uns diese Aspekte im Einzelnen ansehen, müssen wir feststellen: Auf Um-

fang und Zusammensetzung der Zuwanderergruppe des Jahres 2015 gab es keinerlei staatlichen Einfluss. Wer es bis nach Deutschland geschafft hatte, konnte und kann sich eine große Bleibechance ausrechnen. Die Bereitschaft von Zuwanderern, die Sprache zu erlernen, bestimmte kulturelle Fertigkeiten zu übernehmen und die Rechtsordnung zu akzeptieren, hängt unter anderem davon ab, ob sie im Alltag über ausreichende Kontakte zu Angehörigen der Aufnahmegesellschaft verfügen oder nicht. Entstehen ethnische Kolonien, wird dies die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Erwerb relevanter Fähigkeiten erschweren.

Von Bedeutung wird in diesem Zusammenhang auch sein, ob die deutsche Politik an ihrem erfolgreichen Modell, das in weiten Teilen auf Angleichung setzt, festhalten wird. Im politisch vorherrschenden Migrationsdiskurs wird die Forderung erhoben, daran nicht mehr festzuhalten. Die Konsequenz wäre die Entwicklung in Richtung einer multikulturellen Gesellschaft, was mit mehr Ungleichheit und mit mehr Konflikten verbunden wäre, als wir das aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland kennen. Wenn eine Grünen-Politikerin sagt: „Unser Land wird sich ändern, und zwar drastisch. Und ich freue mich drauf!“, dann zeigt dies ganz deutlich, dass an den Massenzu-

strom des vergangenen Jahres Hoffnungen auf gesellschaftspolitische Veränderungen geknüpft werden. Wie auch immer man politisch dazu steht, das Thema ist es ohne jeden Zweifel wert, öffentlich debattiert zu werden.

**Politische Studien: Es ist davon auszugehen, dass sich die globale Migrations- und Fluchtproblematik vorerst nicht entschärfen wird, denn in Zukunft dürfte es nicht weniger, sondern mehr Ursachen und Möglichkeiten für transnationale Migration und Flucht geben. Davon wird auch die EU aufgrund ihrer wirtschaftlichen Attraktivität und der sozio-demographischen Diskrepanz gegenüber südlichen und östlichen Nachbarregionen betroffen sein. Wie wird sich die EU bis 2030 verändert haben? Was würden Sie sich wünschen?**

**Stefan Luft:** „Prognosen sind schwierig, besonders wenn sie die Zukunft betreffen“, soll Karl Valentin einmal gesagt haben. Viel wird davon abhängen, ob sich solche Alleingänge wie im Spätsommer 2015 durch die deutsche Bundesregierung mit all ihren unübersehbaren Konsequenzen wiederholen oder nicht. Die Entwicklung innerhalb der Europäischen Union wird wesentlich davon beeinflusst sein, ob es gelingt, die ausgeprägten sozialen und wirtschaftlichen



Entstehen ethnische **KOLONIEN**, wird dies die Bereitschaft und die Fähigkeit zum Erwerb relevanter Fähigkeiten erschweren.



**Mit oder ohne Erdogan – die Aufnahme der Türkei würde die EU endgültig SPRENGEN.**

Disparitäten unter den Mitgliedsstaaten weiter auszugleichen. Sehr viele postsozialistische Transformationsstaaten, aber auch Staaten wie Griechenland, Spanien, Italien und Portugal haben große Probleme, ihre eigene Bevölkerung zu integrieren. Das würde dann natürlich in besonderer Weise für ungesteuerte Zuwanderung in diese Länder gelten. Entscheidend wird darüber hinaus sein, ob es den gemäßigten Parteien gelingt, den Aufstieg von Populisten zu bremsen und die politische Destabilisierung zahlreicher Länder zu verhindern.

Hinzu kommt: Bleibt der Beitritt der Türkei auf der politischen Tagesordnung und wie wird der Beitrittsprozess ausgehen? Mit oder ohne Erdogan – die Aufnahme der Türkei würde die EU endgültig sprengen. Was die Realisierung möglicher Zuwanderungspotenziale angeht, so gilt der Satz: „Kommt der Wohlstand nicht zu den Menschen, kommen die Menschen zum Wohlstand.“ Die Europäische Union und insbesondere die wirtschaftsstarken Mitgliedsstaaten müssen also ein grundlegendes Interesse daran haben, dass sich die Verhältnisse an ihren Rändern politisch, wirtschaftlich und sozial bessern. Auch dann wird es Migration und Migrationsdruck geben, allerdings wird man das dann wirksamer steuern können.

Wenn Sie fragen, was ich mir wünsche, dann nenne ich natürlich an erster Stelle, dass sich die hinter uns liegende lange Periode des Friedens auch in die Zukunft hinein verlängern wird. Das gilt sowohl für die Verhältnisse zwischen den Staaten oder Staatenbünden als auch für das Zusammenleben in den europäischen Ländern selbst. Die Bundesrepublik Deutschland blickt ja auf ein weitgehend friedliches Zusammenleben mit Zuwanderern zurück. Darin unterscheidet sich die Lage von unseren Nachbarstaaten Frankreich, den Niederlanden oder Großbritannien.

**Politische Studien: Herr Dr. Luft, wir danken Ihnen für das Gespräch.**

**Das Interview führte Dr. Susanne Schmid, Referentin für Arbeit und Soziales, Demographischer Wandel, Familie, Frauen und Senioren, Akademie für Politik und Zeitgeschehen der Hanns-Seidel-Stiftung, München. ///**



/// PD DR. PHIL. HABIL.  
STEFAN LUFT

---

ist Privatdozent am Institut für Politik-  
wissenschaft der Universität Bremen.

---

**Anmerkung**

\* Luft, Stefan: Die Flüchtlingskrise - Ursachen, Konflikte, Folgen. München: Verlag C.H. Beck 2016. Weitere Veröffentlichungen des Autors zu diesem Themenkomplex unter [www.stefanluft.de](http://www.stefanluft.de)